

auch die Bezüge der Vikare besser. Freilich gestalteten sich im übrigen gerade die Bezüge der Inhaber von Pfründen niederer Ordnung, von denen 88 (38 %) in weltlichen, 96 (40 %) in geistlichen Händen waren, indes 49 (21 %) auf Universitäts- und gemischten Patronat kamen, während 3 (1 %) streitig waren, weniger gut. Doch hat auch für den Wormser Landklerus sorgfältigste Untersuchung ergeben, daß es um ihn durchaus nicht besonders schlecht bestellt war. Weitaus der größte Teil der Landgeistlichen gehört zur 1. und 2. Steuerklasse; nur 18 % verfügten noch nicht über 25 fl. jährlich, brachten es aber doch meistens auf 20 fl. Sehr dankenswerter Weise verbreitet sich die Arbeit auch über die *fabrica ecclesiae*, den Heiligenfonds, über dessen Verwaltung wir mancherlei erfahren, was, wenn auch nicht gerade neu, doch nicht immer so gut bezeugt ist, über die Baulast, über deren Verteilung sehr präzise Angaben gemacht werden, über die Prokuration, das *cathedraticum*, die *synodalia*, die *communis emenda* und das *ius clavis*, lauter Ausführungen, die dem deutschen Kirchenrechtshistoriker diese, auch durch eine gute Karte vervollständigte Untersuchung zu einem besonders schätzenswerten Hilfsmittel machen.

Ulrich Stutz.

Prof. D. Dr. Johannes Linneborn, Domkapitular, Inventar des Bischöflichen Generalvikariats zu Paderborn (a. u. d. T.: Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Provinz Westfalen. Inventare der nichtstaatlichen Archive. Bei-band II. Regierungsbezirk Minden 1). Münster i. W., Aschen-dorffsche Buchhandlung. I und 386 S. 8°.

Von den Archivalien des alten Fürstbistums Paderborn ist das meiste zusammen mit dem Archive des Domkapitels in das Staatsarchiv Münster überführt worden. Nur der früher der Verwaltung des Generalvikariats unmittelbar unterstellte Aktenbestand, vor allem die Akten des sog. bischöflichen oder Generalvikariats-Archidiakonats blieb in Paderborn sowie eine Anzahl von Stücken, deren man zur Fortführung der Amtsgeschäfte zu bedürfen glaubte, und zwar alles aus der alten Ordnung herausgerissen. Dazu kamen Akten der durch die Bulle: *De salute animarum* von 1821 dem Bistum Paderborn neu zugewiesenen Gebiete, insbesondere des früheren kölnischen Herzogtums Westfalen (Offizialat Werl, Kommissariat, namentlich *districtus Haarensis*, Dekanate), auch sie ohne die alte Ordnung, dann die Bestände des früheren Bistums Corvey und des dem Corveyer Bischof als *Vicarius* unterstehenden Eichsfelds sowie des Erfurter Bezirks, weiter die Akten der ehemals osnabrückischen Dekanate Rietberg und Wiedenbrück und endlich die der von Mainz abgetretenen Pfarreien des jetzigen Kreises Siegen. Dieser ganze Bestand schließt im allgemeinen ab mit dem Jahre 1823. Ihn verzeichnet in vorliegendem Inventar Linneborn, indes die Generalakten

der seit 1823 laufenden Registratur des Paderborner Generalvikariats, die auch noch einige ältere Stücke in sich schließen, z. Z. inventarisiert und später in gedruckter Übersicht bekanntgemacht werden sollen.

Die Fülle dessen, was in diesem Archivinventar registriert und teils bereits geordneten, teils erst in Ordnung begriffenen Beständen entnommen ist, erregt Erstaunen. Es ist auf zwei Abteilungen verteilt, von denen die zweite, B, die Akten aufführende, wieder in drei Teile zerfällt. Der dritte, erheblich mehr als die Hälfte des Bandes füllende, verzeichnet die Akten der einzelnen Pfarreien und Klöster, darunter allerdings nur wenige die ins 16. Jahrhundert zurückreichen; bei ihnen sind, am Sitze der Dekanate des Herzogtums Westfalen, auch die Verwaltungsakten des betreffenden Dekanats angegeben. Im übrigen hat dieser Teil vornehmlich für die Ortskirchengeschichte Bedeutung und muß deshalb hier außer Betracht bleiben. Von größerer Bedeutung für uns ist die Abteilung A, die 204 z. T. ungedruckte Urkunden, teils im Regest, verzeichnet, teils in vollem Wortlaut zum Abdruck bringt, namentlich zahlreiche und bis ins 11. Jahrhundert zurückgehende von dem 997 gegründeten, im Kreise Hofgeismar gelegenen Helmarshausen. Es findet sich nicht wenig kirchenrechtsgeschichtlich Interessantes darunter; vgl. z. B. Nr. 9 (1089) die Fronhofseigenkirche Frithewarderoth, Nr. 62 (um 1266, ungedruckt): Die Archidiakone des Bistums Paderborn über ihre Rechte besonders bei Handhabung der Gerichtsbarkeit, weiter verschiedene Altar- und Pfründenstiftungen. Und nun von Abteilung B (Akten) der erste Teil, die Handschriften verzeichnend (s. auch den Nachtrag S. 383 ff.); hier hebe ich namentlich die Handschriften der Exjesuitenkommission hervor, sodann die der Visitation des Bischofs Theodor Adolph von der Reck (1654–1656), endlich Stücke, die den bischöflichen Archidiakonats- und den des Domkämmerers betreffen, Generalvikariats- und Offizialatsprotokolle des 17. und 18. Jahrhunderts. Das Interesse des Rechtshistorikers gilt aber vornehmlich dem zweiten Teil der Aktenabteilung, in dem unter Rubriken wie „Der Fürstbischof“, „Grenzen“, „Staat und Kirche“, „Beziehungen zu Rom, zum Metropolit, zu anderen Bischöfen“, „Die weltliche Regierung des Fürstbistums“, „Die geistliche Regierung der Diözese“ (Regierungsgewalt, Bischöfliche Beamte, Domkapitel, Archidiakonate, Sendwesen, Säkularklerus, Ordensklerus, niederes Benefizialwesen, Stiftungen, kirchliche Lehre, kirchliches Leben) die Generalakten des Fürstbistums und die der anderen, oben erwähnten Gebiete aufgeführt sind. Es ist das Material zu einer Geschichte des alten Fürstbistums und seiner Einrichtungen, die uns in den Grundzügen Linneborn in seiner Einleitung zu dem 1913 erschienenen Realschematismus der Paderborner Diözese bereits geschenkt hat. Besonders ergiebig ist es für das 17., 18. und das erste Viertel des 19. Jahrhunderts. Bedenkt man, daß nur ein Teil davon, u. z. recht summarisch geordnet war, so kann man bemessen, welch' gewaltige Arbeit der um die kirchliche Rechtsgeschichte Paderborns hochverdiente Verfasser damit bewältigt hat. Und wenn man etwa S. 102f. nachsieht, was über die Besetzung des Paderborner Bistums da zu holen ist, oder

S. 123 ff. über die geistlichen Gerichte, so erhellt ohne weiteres die Verdienstlichkeit des Unternehmens, das nicht nur den Pfarrämtern des westfälischen Teils der Paderborner Diözese und den Freunden ihrer Geschichte, sondern darüber hinaus dem deutschen Kirchen- und Kirchenrechtshistoriker von größtem Nutzen sein wird.

Möchte dies Inventar gleich so manchen anderen Quellenwerken in den Jahren geminderter oder gar nahezu ausgeschlossener Veröffentlichungsmöglichkeit, die leider für uns angebrochen zu sein scheinen, in stiller, aber tief eindringender Arbeit so fleißig ausgebeutet werden, daß die Früchte solcher Beschäftigung zum Pflücken reif sind, wann, wie wir doch hoffen wollen, einst wieder Zeiten anbrechen, da der deutsche Aar die Flügel von neuem zu regen beginnt und im Zusammenhang damit auch für die deutsche Wissenschaft ein neuer Aufstieg beginnt!

Ulrich Stutz.

Heinrich Pohl; Zur Geschichte des Mischehenrechts in Preußen. Berlin, F. Dümmler 1920. 65 S. (Philipp Zorn zum 70. Geburtstag gewidmet).

In der Geschichte der Mischehe spielt die oft angeführte Kabinettsorder König Friedrich Wilhelms IV. vom 7. Juni 1853 eine bedeutsame Rolle. Sie bedrohte jeden Offizier evangelischen Bekenntnisses, der sich bei Eingehung einer Mischehe den von Bischof Arnoldi von Trier in seinem Rundschreiben vom 15. März 1853 gestellten Anforderungen unterwerfen sollte, mit Dienstentlassung. Heinrich Pohl macht die KabO. zum Gegenstand einer Sonderuntersuchung. Er will den Verlauf des Streites klarstellen und die Rechtslage nachprüfen. „Es liegt im dringenden Interesse des interkonfessionellen Friedens, daß gerade dieser heikle Gegenstand mit absolutem Willen zur Wahrheit und Gerechtigkeit nachgeprüft wird und daß die Belange der beteiligten Konfessionen und des Staates eine möglichst vorurteilsfreie Würdigung erfahren“ (S. 5).

Die KabO. vom 17. August 1825 hatte für den Abschluß von Mischehen den in der Deklaration vom 21. November 1803 festgelegten Rechtszustand der älteren preußischen Provinzen auf Rheinland und Westfalen übertragen. Konflikten in der Praxis hatte die preußische Regierung durch Verhandlungen mit der Kurie und mit dem rheinischen und westfälischen Episkopat zu begegnen gesucht. Einem zeitlich kurzen Erfolge dieser Bemühungen folgte der schwere Kampf mit dem Erzbischof von Köln, die päpstliche Allokution vom 10. Dezember 1837 und der Rückzug des Staates, der unter Friedrich Wilhelm IV. zum vollen Verzicht auf die staatliche Einmischung führte.¹⁾ Die kirchliche Praxis wurde seitdem im gesamten Umfange der preußischen Monarchie durch das Breve „Literis altero abhinc“ vom 25. März 1830 und die Begleit-

¹⁾ Preußisches Abkommen mit der Kurie vom September 1841.